

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

44 (22.2.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen, Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6, Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gepostete Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamazeile 25 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Plagioschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 44

Montag, den 22. Februar 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag wurde am Samstag der Vorlage über Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zugestimmt. Der Rechtsausschuss hat die Einsetzung eines Sondergerichts in Sachen der Fürstenabfindung beschlossen. Die deutsche Regierung unternahm in Warschau einen Schritt wegen der Deutschenverfolgung in Ost-Obergalizien. Mussolini hat trotz der zähen Rede des österreichischen Bundeskanzlers Kamek, die in Tirol Entrüstung hervorrief, in Wien Vorstellungen wegen des Anschlusses an Deutschland erhoben. Die Ausichten Polen auf einen Ratsjäh im Völkerbund werden in England ungünstig beurteilt. Drummond reist dieser Tage nach London.

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Febr.

Am Samstag wurde der vom Steueraussschuss empfohlene Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Lohnsteuer ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenfalls das deutsch-französische Handelsabkommen vom 12. Februar 1926.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Vorschläge des Haushaltsausschusses über die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Darnach werden die Unterstützungsätze in den Ortsklassen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht. 1. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 Prozent; 2. für alleinstehende Erwerbslose über 21 Jahre um 10 Prozent; 3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern sie bereits acht Wochen nacheinander unterstützt worden sind, ebenfalls um 10 Prozent. In einer Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, mit allem Nachdruck bei den Ländern dahin zu wirken, daß eine unbedingte Benutzung der Erwerbslosenfürsorge betätigt und jede Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme wahrgenommen wird. Die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloser erhalten würde.

Dihmann (Soz.) empfiehlt einen Antrag seiner Fraktion, wonach die Unterstützungsätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 Prozent, für die Familienzuschläge um 15 Prozent erhöht werden sollen.

Hartmann (Dn.) weist auf die hohen Materialkosten hin, durch die die Holzstandsarbeiten sehr verteuert werden.

Frau Teusch (Str.) hebt hervor, daß es den alleinstehenden Erwerbslosen besonders schlecht ginge. Ihnen soll schollten werden. Die Unterstützung dürfe aber nicht mehr als der Lohn sein.

Semeter (Dn.) begründet einen Antrag, der auch von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Katholiken und der Bayer. Volkspartei unterstützt wird, die Erwerbslosenunterstützung in wesentlich erhöhtem Maße in Sachleistungen, insbesondere in Roggen, Brot, Kartoffeln usw. zu gewähren. Leider haben die Gemeinden bisher nur wenig Gebrauch von ihrem Recht zu solchen Maßnahmen gemacht und die Regierung sollte ihren Einfluß auf die Gemeinden geltend machen, ohne die Unterstützung als solche irgendwie zu beeinträchtigen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gibt zu, die die in dem Etat eingestellten Mittel für die Erwerbslosenfürsorge zu gering sind. Bis zur dritten Lesung soll eine Erhöhung vorbereitet werden.

Die rechtliche Stellung der Reichsbahn und ihrer Beamten

In letzter Zeit sind in der Presse mehrfach Artikel über die rechtliche Stellung der Reichsbahn als Behörde und ihrer Bediensteten als öffentliche Beamte erschienen. Von zuständiger Stelle wird uns hierzu folgendes geschrieben:

Während des letzten Jahres sind u. a. seitens des Reichsgerichts 1 Strafsenat vom 27. Okt. 1925, des Bayerischen Obersten Landesgerichts, 1. Strafsenat vom 28. April 1925 und des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 8. Juli 1925 grundsätzliche und interessante Erkenntnisse veröffentlicht worden, die entsprechend ihrer Bedeutung und Tragweite für unser wirtschaftliches und soziales Leben in den Kreisen, die es insbesondere angeht, nach nicht die ihnen gebührende Beachtung und Verbreitung gefunden zu haben scheinen.

Es handelt sich hierbei um die Frage nach dem Charakter der Reichsbahnstellen als Behörden und deren Bediensteten als öffentliche Beamte, vorzugsweise im Sinne des Strafrechts. Nachdem diese Frage nach Umwandlung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ in die „Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“ hin und wieder, vor allem seitens einiger unterer Gerichte, verschiedenartig beurteilt worden war, ist sie nunmehr von den genannten hohen Gerichten in den oben erwähnten Entscheidungen nach der heiderrlichen Richtung hin im Verein mit der maßgebenden Literatur ausdrücklich und unmissverständlich bejaht worden. Auch die Begründung zum Reichsbahngesetz und dem Reichsbahn-Verordnungsgesetz läßt sich einwandsfrei nur in diesem Sinne verstehen. Wenn auch einzuräumen ist, daß die Stellen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nach

Kararatz 17, Absatz 1 des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924, das die Verhältnisse der Reichsbahn-Gesellschaft und ihrer Bediensteten in Verbindung mit der Satzung und dem Reichsbahn-Verordnungsgesetz vom 30. August 1924 ordnet, zwar keine unmittelbare Behörden oder amtliche Stellen des Reiches mehr sind, so ist doch nicht zu übersehen, daß diese nach Absatz 2 (ebenda) ihre öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in diesem Umfang behalten haben, wie sie bisher den Stellen des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ zustanden. Es folgt hieraus, daß sie, wenn auch nicht unmittelbare Organe der Staatsgewalt, so doch eine öffentliche Anstalt und mittelbare Behörden geblieben sind. Der Vordruck, die Organisation und der ganze Aufbau der Gesellschaft ist bei allen äußerlich privatwirtschaftlichen Einflüssen überwiegend öffentlich-rechtlich. Die Reichsbahnstellen sind zu mittelbaren Reichsbehörden geworden, weil sie mittelbar unter der Autorität des Reichs staatliche Aufgaben wahrzunehmen haben. Die hierauf abzielenden, gesetzlich anerkannten Rechte und Pflichten im Einzelnen aufzuzählen, würde an dieser Stelle zu weit führen.

Zusammenfassend sei hier nur bemerkt, daß es abwegig wäre, die Reichsbahn-Gesellschaft als private Aktiengesellschaft zu bezeichnen und ihren Beamten der Charakter von öffentlichen Funktionären mit den damit verbundenen Rechten und Pflichten abzusprechen zu wollen. Die Reichsbahnbeamten sind Beamte auch im Sinne des Strafrechts. Es sei hierfür nur auf Paragraph 23 des Reichsbahngesetzes und insbesondere auf das Reichsbahn-Verordnungsgesetz verwiesen. Aus letzterem ergibt sich ohne weiteres infolge der Dienstlichen Anstellung, Vereidigung, Dienststrafrecht und des Rechtsmissbrauchs für die notwendigen öffentlichen Funktionen, daß ein öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis vorliegt.

Wenn auch einige untergeordnete Gerichte hin und wieder einen anderen Standpunkt einnehmen, kann in eigenem Interesse des reisenden Publikums nur dringend davor gewarnt werden, insbesondere auf hahnpolizeilichem und strafrechtlichen Gebiet, hierüber etwaige übereilte und unbedachte Äußerungen zu tätigen.

Widerlichkeiten — einerlei ob gegen Beamte, Angestellte oder Arbeiter der Reichsbahn, die in rechtmäßiger Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt handeln. — Beamtenherrschaften, Nachfolgerherrschaften, und ähnliche Eisenbahnverhältnisse werden nach wie vor unmissverständlich nach den einschlägigen, verhängten strafrechtlichen Bestimmungen verfolgt und geahndet.

Zu einem derartigen Vorgehen sieht sich die Reichsbahnverwaltung umso mehr schon aus der einfachen Erwägung heraus veranlaßt, als im umgekehrten Falle der Bedienstete auch bei dienstpolizeilichen Vergehen, ebenso wie der eigentliche Reichsbeamte den strengen Bestimmungen des Reichsbahnstrafrechtes unterworfen ist und vor allem auch bei den diesbezüglichen Vergehen und Verbrechen gegen die ordentlichen Strafrechtspflege alle die qualifizierten Merkmale eines Beamtenverdelictes gegen ihn unmissverständlich zur Anwendung kommen.

Tirol gegen Kamek

Innsbruck, 20. Febr.

Es war vorauszusetzen, daß die Rede des Bundeskanzlers Dr. Kamek in Tirol mit Widerspruch aufgenommen werden würde. Die Großdeutsche Volkspartei hat eine Vollversammlung abgehalten. Bei dieser Versammlung teilte der Obmann der Volkspartei Dr. Straßner mit, daß sich der Ausschuss der Großdeutschen Volkspartei mit der Rede des Bundeskanzlers befaßt habe. Mit ganz besonderer Spannung habe man die Ausführungen des deutschen Außenministers Dr. Stresemann vernommen, der Mussolini eine ziemlich deutliche Antwort gegeben habe. Nun habe man aber von Dr. Kamek eine Rede zu hören bekommen, die in Tirol auf das Äußerste enttäuscht hat. — Die Schlussfolgerungen Kameks müßte man verurteilen. Der Ausschuss habe daher folgende Entschließung gefaßt:

„Der Ausschuss verurteilt auf das Schärfste die verkehrten Schlussfolgerungen, die Bundeskanzler Kamek aus den eigenen Redefeststellungen über die Bedrückungen der Südtiroler gezogen hat und insbesondere darunter jene, wonach die Südtiroler Frage eine interne Angelegenheit Italiens sei. Er verurteilt auch die schmachvolle Fassung, die offensichtlich den Namen Südtirol vermeidet und hält daran fest, daß die Südtiroler Frage voranzustellen müsse, wenn den Südtirolern nicht die volle kulturelle Autonomie gewährleistet wird, wie sie einer Minderheit auf Grund der ausdrücklichen italienischen Versprechungen gebührt. Die Partei verlangt daher den Rücktritt eines Ministers, das durch seine Erklärung angesetzt hat, daß es für die über allem stehende Südtiroler Frage kein Interesse besitzt.“

Die Akademikervereinigung von Tirol, d. i. die führende Gruppe der christlich-sozialen Intelligenz im Lande, hat zu den Erklärungen der Bundesregierung über das Verhältnis zwischen Österreich und Italien Stellung genommen. Mit Entrüstung wurde der Gebrauch des Wortes „Oberetia“ als die Verleugnung unseres ehrlichen Landesnamens gebrandmarkt und ausgesprochen, daß die Ablehnung dieses Namens eine ungeheure Mißachtung Tirols darstellt. Die Mißachtung würde die schärfsten Konsequenzen bringen. An die tirolischen National- und Bundesräte in Wien wurde ein Telegramm folgenden Inhalts gelangt:

„Die Tiroler Akademiker-Vereinigung in Innsbruck als die berufene Vertreterin der Tiroler Interessen hat mit größter Entrüstung aus der Rede des Bundeskanzlers die Preisgabe der Landeseinheit und die Verleugnung Südtirols entnommen. Sie fordert mit einhelligem Beschluß schärfste Stellungnahme seitens der tiroler National- und Bundesräte.“

Kamek und Mussolini

Rom, 20. Febr. „Agenzia Stefani“, meldet: Nachdem Mussolini den ausführlichen Text der Rede des österreichischen Bundeskanzler Kamek gelesen hatte, beauftragte er sofort den italienischen Gesandten in Wien, von dem Bundeskanzler genaue Aufklärung über einige Punkte seiner Rede zu verlangen. Der italienische Gesandte hat bereits die erste Besprechung mit Kamek gehabt.

Deutschland.

Deutschnationaler Antrag auf Revision der Verfassung

Berlin, 20. Febr. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterziehen soll und zwar u. a. in der Richtung: 1. daß Artikel 54 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt abgeändert wird, 2. daß neben dem Reichstage als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingeschaltet wird, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner oder direkter Wahlen bestellt werden. — Der Artikel 54 bestimmt: Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurüktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Friedensmiete erst ab 1. Juli

Berlin, 20. Febr. Der Steueraussschuss des Reichstages beschloß nach eingehender Beratung, die für die Hausinssteuer maßgebenden Vorschriften, die am 1. April 1926 in Kraft treten sollten, insbesondere auch die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent erst ab 1. Juli 1926 in Kraft treten zu lassen.

Der neue italienische Botschafter

Berlin, 20. Febr. Wie aus Rom gemeldet wird, ist Graf Adobrandi, zurzeit in Buenos Aires, zum italienischen Botschafter in Berlin an Stelle des Grafen Bosdari ernannt worden. Adobrandi war während des Krieges Kabinettschef, später wirkte er in Sofia und Kairo, zuletzt in Argentinien.

Die Anklageschrift gegen Barmat und Hellwig

Berlin, 20. Febr. In ihrer Monstre-Anklageschrift von mehr als 600 gedruckten Folioseiten bezichtigt die Staatsanwaltschaft der „B. Z.“ zufolge zwei Brüder Barmat, darunter Julius Barmat als Hauptangeklagten des Betruges gegenüber der Staatsbank, ferner wegen passiver Bestechung der ehemaligen Reichspostminister Höfle und Hellwig. Gegen die anderen Barmats wird die Einstellung des Verfahrens beantragt. Hellwig wird angeklagt, daß die Untreue und passiver Bestechung. Auch Abgeordneter Lange-Hegermann ist angeklagt. Bei dem früheren Ministerialdirektor Kraus wird beantragt, ihn außer Verfolgung zu setzen. Der verstorbene Minister Dr. Höfle gilt als schwerer Bestechung für überführt. Der dem Reich und dem Staate Preußen zugefügte Schaden wird auf über 20 Millionen Mark geschätzt. Die Staatsanwaltschaft will in der Lage sein, ihre sämtlichen Angaben urkundlich zu belegen, sodas Zeugenaussagen in diesem Prozeß keine entscheidende Rolle spielen sollen.

Vor neuen Umwälzungen in China

Berlin, 20. Febr. Der „B. Z.“ zufolge machen sich in ganz Nordchina starke Truppenbewegungen bemerkbar. Es besteht die Wahrscheinlichkeit baldiger neuer Umwälzungen, deren Hauptabschnitt wieder Tientsin sein dürfte.

Verhaftung des größten internationalen Hochstaplers

Berlin, 20. Febr. Zur Verhaftung des internationalen Hochstaplers Armand Schwob in Fiume wird noch bekannt, daß Schwob allein in Berlin unter dem Namen Privatier Georg Martens 800 000 Mark erschwindelte. In New York betrieb er vor seiner Ankunft in Berlin unter dem Namen Armand Schwob ebenfalls Scheckerschwindelen und brach aus dem Gefängnis aus. Von Frankreich wurde er unter dem Namen G. Le Prevost polizeilich gesucht. Dort erbeutete er nach den bisherigen Ermittlungen nicht weniger als 6 Millionen Franken. Martens ist einer der größten internationalen Scheckbetrüger, mit denen sich die Kriminalbehörden je beschäftigt haben. Auch in Fiume hatte er bereits mit Scheckerschwindelen begonnen. Der Verhaftete wird zunächst nach Berlin ausgeliefert werden.

Regierung, Reichstag und Finanzen

Von Minister a. D. Hermann Dietrich, M. d. R.

Die Arbeit des Hauptausschusses des Reichstags, in dem bisherigen Eilgange die Beratungen des Haushaltsplanes 1926/27 zu Ende zu führen — die Hälfte des Haushalts ist bereits erledigt — fand eine unliebame Unterbrechung in dem Wunsch des Reichsfinanzministers Reinhold und des Reichskanzlers Luther, im Auschuk zu Worte zu kommen und die Finanzlage darzulegen. Dieser Wunsch hatte einen sehr triftigen Grund und dieser Grund besteht darin, daß das Programm des Reichstags auf Steuererhöhung natürlich nicht durchführbar ist, wenn der Reichstag große Ausgaben beschließt, die ganz gleichmäßig für welche Zwecke sie notwendig werden, den Ausfall, der aus den Steuerermäßigungen sich ergibt, vermehren. Die Situation war dadurch kritisch geworden, daß der Ausschuk für Sozialpolitik sich die Tage vorher mit der Erwerbslosunterstützung beschäftigt und die Beschüsse dieses Ausschusses eben auf dem Wege zum Hauptausschuk waren, der sie auf ihre finanzielle Tragbarkeit hin zu prüfen hat. Die Kunst war die, die Mohnung zur Sparlichkeit und die Ermahnung der Bereitwilligkeit des Reichstages dazu vor die Beschlußfassung über die Arbeitslosenunterstützung zu bringen.

Die Sache ging zunächst auf. Der Saal des Hauptausschusses wimmelte von Ministern, Abgeordneten und Geheimräten, und Herr Reinhold erhielt das Wort, um noch einmal seinen bereits im Plenum erörterten Standpunkt auf Steuererhöhung zu begründen und zugleich seinen Appell an die Sparlichkeit anzubringen. Er verwies darauf, daß das Finanzprogramm den Zweck habe, die Wirtschaft zu erleichtern und in Gang zu bringen, daß zu diesem Zweck auch beabsichtigt sei, der Eisenbahn Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Aufträge, welche die Eisenindustrie belegen sollen, alsbald betreiben kann. Er erklärte, daß das Budget 25/26 am 1. April voraussichtlich schon das Reich im Monat 40 bis 50 Millionen kosten. Der Ertrag der Einkommensteuer und der Zölle sei für das laufende Budgetjahr höher als erwartet, allerdings seien Ausfälle an Vermögens- und Erbschaftssteuer eingetreten. Ueber das interessante Kapitel der Rassenbestände, Betriebsmittel, der Ausgabenrückstände, der Rückstellungen und wie diese Dinge alle heißen, verfiel er etwas dunkel, meinte aber im wesentlichen, daß an solchen „beliebigen Sachen“ so viel vorhanden sei, daß das Reich nicht so geschwind in Verlegenheit geraten werde. Sodann gab er noch einmal die Mittel an, mit denen er den Ausfall, den seine Steuerprojekte verursachen, decken will, und zwar sind es

- 133 Mill. Mäzgewinn 1926
- 47 Mill. Minderausgaben im Etat der Reichsschuld,
- 173 Mill. verfügbare Rassenbestände unter Mitverwendung eines etwaigen Ueberüberschusses aus 1925,
- 197 Mill. Anleihe (127 Mill. Extraordinarium und 70 Mill. letzte Rate S. C. Schatzanweisungen)

550 Mill. RM.
Der Finanzminister suchte sodann ein Bild zu geben, wie sich die Dinge im Jahre 27/28 entwickeln werden, in welchen die direkten Reparationsleistungen des Reiches von 496 Millionen auf 965 Millionen hinaufgehen, also fast um eine halbe Milliarde steigen. Er rechnete heraus, daß im Jahre 27 die Ausgaben um fast 300 Millionen Mk. zurückgehen werden, hauptsächlich, weil ein Teil der jetzt noch laufenden Kriegsschulden wegfällt und fast so heraus, daß er im Jahre 27/28 nur 214 Millionen mehr brauchen werde. Außerdem berechnete er, daß auch im außerordentlichen Haushalt Ersparnisse in Höhe von 156 Millionen eintreten würden, der Gesamtmehraufwand eigentlich nur 58 Millionen betragen werde.

Ohne Prophetengabe kann man nicht sagen, ob diese Ersparnisse wirklich im Jahre 27/28 eintreten werden. Nicht zum wenigsten wird es davon abhängen, welche Summen wir für die Arbeitslosen aufwenden müssen und ob wir es bei den bisherigen Beamtenegehältern, namentlich für die unteren Klassen, belassen können; ferner, ob die Reichsregierung den Stürmen gewachsen ist, die aus den Kreisen der Verdrängten und Vertriebenen, Pensionäre und Kriegsopfer im Anschluß an die beabsichtigte Steuererhöhung im Anzuge sind. Bringt die Regierung die Rückstufung auf, allen diesen Anforderungen zu begegnen, dann ist allerdings damit zu rechnen, daß sie trotz der Steuererhöhung sich durchschlagen wird, denn zum mindesten werden die Zölle und die Einkommensteuer in den kommenden Jahren in ihren Erträgen wachsen, voraussichtlich auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer sich erholen. Schließlich sind ja auch noch einige Reserven beim Branntweinmonopolamt und bei der Post, die nutzbar ge-

macht werden können, und endlich wird ja, wie die Verwehnanleihe neulich gezeigt hat, auch wieder ein Markt zur Unterbringung von Staatsanleihen sich bilden.

Der Kampf geht also darum, wie ich mich neulich bei der Beratung im Plenum des Reichstages ausdrückte, das Finanzprogramm der Regierung durch brutale Sparlichkeit, die auch auf die Länder und Gemeinden sich auswirken muß, durchzusetzen. Beides geht nicht: Steuererhöhung und Mehrausgaben gleichzeitig. Man kann nur den einen Weg gehen. Die Regierung geht den ersten.

Allerdings passierte schon bei der Abstimmung darüber, ob alsbald in die Beratung eingetreten werden soll, ein Malheur, indem dieser Wunsch der Regierung vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei abgelehnt wurde, während die gesamte Linke, von den Demokraten bis zu den Sozialdemokraten, bereit war, sofort in die Diskussion einzutreten. Ein böses Omen, das den ganzen Jörn des Reichstages hervorrief. Aber auf Regen folgt Sonnenschein und wenn es auch Herrn Luther nicht gelang, die nunmehr folgende Beratung der Beschüsse des Sozialen Ausschusses zur Erwerbslosenfürsorge hinauszuhalten, so gelang es doch, dem Zentrum, das in der Zwischenzeit eingeleitet hatte, daß es falsch marшиert war, mit einem neuen Antrag die Abstimmung über die Arbeitslosenfürsorge auf Freitag zu vertagen, so daß wenigstens die Entscheidung in dieser Sache erst fällt, wenn die Besprechung der Ausführungen des Finanzministers stattgefunden hat. Die Regierung hätte sich diese — sagen wir einmal wenig erfreulichen — Vorgänge ersparen können, wenn Herr Luther einsehen wollte, daß der Reichstag nicht ein Bürgerauschuk ist, den man einfach zwingen kann.

Ausland.

Zum französisch-türkischen Abkommen

London, 20. Febr. „Daily News“ schreibt in einem Artikel u. a.: Die Einzelheiten des zwischen Frankreich und der Türkei abgeschlossenen Abkommens haben in Londoner amtlichen Kreisen Erstaunen hervorgerufen. Gewisse Zugeständnisse Frankreichs hinsichtlich der Bagdadbahn wurden als undenkbar bezeichnet. Unter diesen Umständen werde die Kontrolle der französischen Behörden über Bewegungen türkischer Truppen auf der Bagdadbahn nach und von der Franzosen unmöglich. An maßgebender Stelle erklärt man, daß ein solches Abkommen über die Bahn den zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossenen Vereinbarungen zuwiderlaufen würde.

Aus Baden.

Badischer Landtag

Die Denkschrift der Regierung

Das Gewerbeaufsichtsamt hat die in der Denkschrift niedergelegten Unternehmungen aus Anlaß einer im Juli 1924 und dann in der Sitzung vom 8. August 1925 behandelten förmlichen Anfrage über die Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse der Tabakarbeiter ange stellt. Aus der Denkschrift geht hervor, daß heute ungefähr der fünfte Teil der gesamten Zigarettenproduktion des Deutschen Reiches in Baden liegt und das Verhältnis der Zigarettenarbeiter zur Gesamtzahl der badischen Arbeiter etwa den achten Teil ausmacht. Ueber den Aufschwung des Tabakergewerbes spricht die Tatsache, daß die Zahl der Betriebe vom Jahre 1894 mit 510 Arbeitern auf 1143 mit 40 218 Arbeitern im Jahre 1924 zugenommen hat. Noch größer als in früheren Jahren ist die Vorkerbheit der Frauenarbeit. Besonders stark vertreten ist die Zigarettenindustrie im Oberland zwischen Offenburg, Lebr, Ettenheim und Freiburg, und im Unterland in der Gegend zwischen Heilbronn, Schwetzingen und Bruchsal mit einem Ausläufer nach Sinsheim.

Die Zerrüttung der allgemeinen Wirtschaft in der Nachkriegszeit muß sich natürlich besonders stark in der Tabakindustrie auswirken, die, ähnlich wie die Alkoholindustrie, zu einer Luxusindustrie gestempelt worden ist. Die Verdienste der Tabakarbeiter in Baden waren nach der Denkschrift von jeher wesentlich geringer als im Reich und sind von 91 Prozent im Jahre 1902 auf 85 Prozent der Reichsloehbedienste im Jahre 1924 gesunken. Der Tagesloehdienst ist in dieser Zeit von 1,61 auf 2,39 RM. (im Reich 2,82 RM.) gestiegen. Die Zahl der unterstufen erwerbslosen Tabakarbeiter betrug am 1. Juni 1925 2275. Die Frage der Unterrichtsbedürftigkeit führt deswegen verschiedentlich zu Schwierigkeiten, weil bei der engen Verbindung der Tabakarbeiter mit der Landwirtschaft häufig ein Besitz vorhanden ist, der über den Umfang dessen hinausgeht, was das Geleg als Merkmal für Unterrichtsbedürftigkeit festsetzt. Der mittlere Wochenloehdienst auf den Kopf der Familie beträgt nach den

Feststellungen der Denkschrift 4,77 RM. Recht trübe Bilder entrollen sich bei der Unternehmung der Kleidungs- und Ernährungsverhältnisse der Tabakarbeiterfamilien.

Nicht minder trübe sind die gesundheitslichen Verhältnisse der badischen Tabakarbeiter, da in den Orten der badischen Tabakindustrie teilweise eine hohe Sterblichkeit an Lungentuberkulose herrscht. Die Arztberichte aus den badischen Tabakindustriegerenden stimmen darin überein, daß ein ursächliches Moment für die Erkrankung an Tuberkulose die Tabakarbeit nicht abgibt, dagegen die häuslichen Verhältnisse, häufige Inzucht innerhalb des Ortes der Ausbreitung dieser Krankheit Vorschub leisten. Bei könnte in dieser Beziehung schon durch eine frühzeitige Aufklärungsarbeit der Schule durch die Tätigkeit von Schülern und Schulkinder unter ärztlicher Aufsicht und Berufsberatung der Schulleitenden unter ärztlicher Mitwirkung gehen, um das Eintreten der Lungengefährden in den Beruf des Zigarettenarbeiters zu verhindern. Hemmung der sozialen Verhältnisse und Förderung aller gemeinschaftlichen und sozialhygienischen Maßnahmen werden ebenfalls dazu beitragen, diese Volksseuche auch in den Bezirken der Tabakindustrie mit Erfolg zu bekämpfen.

Sitzungsbericht

Karlsruhe, 19. Febr. Am Freitag behandelte der Landtag die Denkschrift des Ministers des Innern über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitslichen Verhältnisse der Zigarettenarbeiter in Baden.

Abg. Reichhof (Soz.) erstattet den Bericht des Haushaltsausschusses. Gleichzeitig mit der Denkschrift wird die förmliche Anfrage des Zentrums über Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter beraten. Die förmliche Anfrage wird vom Abg. Sarimann (Ztr.) beantragt.

Präsident des Gewerbeaufsichtsamtes, Ministerialrat Dr. Enslin erklärt: Die badische Regierung werde für eine Statistik in der Tabakindustrie eintreten. Die Frage der Zollregulierung für Auslandsabfall werde geprüft. Die Industrieerzeugung nach Tabakarbeiterorten werde soweit wie irgend möglich gefördert. Die Erhebung des Ertrages des landwirtschaftlichen Nebenbetriebes werde zu fördern versucht werden in Verbindung mit den landwirtschaftlichen und anderen genossenschaftlichen Organisationen. Um der augenblicklichen Notlage abzuwehren, habe man bisher schon in weitestgehender Auslegung der gegebenen Bestimmungen Untersuchungen gewährt, in letzter Zeit aus Mitteln der Tabaksteuer. Dr. Enslin weist den Vorwurf zurück, als sei man bei den Vorarbeiten zu der Denkschrift einseitig verfahren und habe nur eine Seite gehört.

Abg. B. I. a. (Soz.) bejehrt die Notlage in der Tabakindustrie, die sie auf die Zollgesetz zurückführt, und geißelt das Zigarettenrauchen der Frauen.

Abg. K. I. a. (Bürgerl. Paa.) bemerkt, es sei nicht richtig, daß die Verhältnisse im badischen Rübenaub so schlecht seien, daß deutsche Arbeiter dort nicht beschäftigt werden könnten.

Abg. Bauer (D. P.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Haushaltsauschukauschuk und dazu, daß alle Mittel ergriffen werden sollen, um die Notlage der Tabakarbeiter zu beheben.

Der Ausschukauschuk wird nach längerer Aussprache angenommen.

Zum Schluß der Sitzung werden Schulwünsche der Gemeinden Buchen und Waldbrunn behandelt. Das Haus beschließt empfehlende Ueberweisung in dem Sinne, daß die Regierung bad mit den beiden Gemeindeforwaltungen in Verhandlungen eintrete. — Eine Eingabe des Vereins Deutscher Vereine für Volkskunde betr. die Volkstunde im Schulunterricht wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Um 3 Uhr tritt Vertagung ein. Nächste Plenarsitzung beschleunigt.

Für den kommenden Dienstag, den 23. Febr. sind Fraktions-sitzungen angesetzt, damit die Parteien zum Lehrerbildungs-gesetz, zur Grund- und Gewerbebesteuerreform und eventuell zur Denkschrift über das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche Stellung nehmen können.

Die badische Weinmosterte im Jahr 1925

Nach den Meldungen der Vertrauensmänner für die Herbstberichtsstattung berechnete sich der Weinmostertrag des Jahres 1925 in Baden auf insgesamt 285 240 Hektoliter (gegen 288 560 im Vorjahr). Auf einen Hektar der insgesamt 12 856 Hektar umfassenden ertragenden Rebfläche entfallen durchschnittlich 22,2 Hektoliter Weinmost (im Vorjahr 20,2 Hektoliter). Der Geldwert dieser 285 240 Hektoliter, errechnet nach den Preisangaben für Verkäufe neuen Weines, beläuft sich auf 16 852 000 Reichsmark (gegen 15 143 300 RM. im Jahre 1924) und der Landesdurchschnittspreis für 100 Liter neuen Wein überhaup auf 59,1 RM. (gegen 58,6 im Vorjahr). Getrennt nach Wein-sorten stellt sich der Gesamtmostertrag wie folgt zusammen:
Weiße Wein: 10 350 Hektar, Ertrag: 227 005 Hektoliter, Gesamtwert: 13 106 500 RM., Durchschnittsertrag: 21,9 Hektoliter vom Hektar. Preis 57,7 RM. das Hektoliter.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Forstner.

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Wenn Graf Stolzenau nicht zufällig vorübergefahren und Sie in seinem Wagen nach Hause gebracht hätte —“ wagte er einzuwerfen.
„Hätte ich den Rückweg auch noch ganz gut bewältigen können“, vollendete sie.
„Gnädigste Gräfin muten sich zuviel zu.“
„So? Meinen Sie? Merkwürdig! Früher waren Sie stets der Zuversichtliche und ich die Zweifelhafte, und jetzt scheint es mir umgekehrt zu sein — Sie trauen mir nichts zu.“
„Gnädigste Gräfin müssen bedenken, daß die Zeit Ihres Lebens noch kurz hinter Ihnen liegt.“
„Ach — erinnern Sie mich nicht daran!“ rief sie unmutig.
„Ich wollte damit auch nur sagen, daß eine Krankheit, die so lange gedauert hat, nicht vollständig in zwei Monaten überwunden sein kann. Schonung der neu gewonnenen Kräfte, ein weises Maßhalten ist unbedingt erforderlich.“
„So hatten Sie einen Rückschlag für möglich — so sind Sie doch nicht von der Gesundheit und Heilung meines Lebens überzeugt?“ fragte sie erschrocken und erregt.
„Doch“, beschwichtigte er, „machen Sie sich keine Sorge! Nur müssen Sie mit Ihren Kräften, die sich erst allmählich zu ihrer alten Stärke entfalten können, haushalten. Je langsamer, desto sicherer und vollständiger wird die Rückkehr zu dem früheren gesunden Zustande sein.“
„Sie sprechen wie ein Arzt. Wenn das Doktor Falkner wüßte, wer sich hinter der Autorität — sie lachte amüsiert — verbirgt! Ich habe ihm ein schönes Märchen aufgebunden und muß froh sein, daß er es mir glaubte, sonst würde er, trotzdem er sich durch Augenschein überzeugt hat, noch zweifeln. Uebrigens wollte er durchaus den Namen wissen, um sich mit dieser Autorität in Verbindung zu setzen und über diesen merkwürdigen und

interessanten Fall, mit ihm zu disputieren. Was meinen Sie, Herr Seeger — haben Sie nicht Lust dazu?“
„Nein, ganz und gar nicht!“ lachte jetzt auch Seeger.
„Doktor Falkner mag ein lieber, guter Mann sein, aber in diesem Falle — war ihm — ein Laie über.“
„Ja, allerdings“, gab Waltraut zurück, „und ich kann es wirklich als ein besonderes Glück betrachten, daß Sie gerade zufällig nach Gersolfen kommen mußten, daß Sie durch einen ähnlichen Fall unter Ihren Bekannten auf den meinen aufmerksam wurden.“
„Auch ich schäme mich glücklich.“
„Kommen wir jetzt auf unser altes Thema zurück!“ lenkte sie schnell ab. „Eigentlich scheue ich mich nun, da fortzufahren, wo Sie mich vorhin durch Ihren Einwurf unterbrachen. Ich war gerade im Begriff, Ihnen zu erzählen, daß ich für morgen eine Einladung des Grafen Stolzenau, die auch für Sie und die Kinder gilt, angenommen habe.“
Seeger machte nur eine höfliche Verbeugung, und Waltraut fuhr etwas stockend und unsicher fort: „Es handelt sich nämlich — um einen von einer größeren Gesellschaft gemeinsam zu unternehmenden Spazierritt nach der Ruine Hochstein.“
„So — wollten Sie etwa daran teilnehmen?“ fragte Seeger mit so eigentümlichem Tonfall, daß Waltraut das Blut in die Wangen schoß wie einem Schulmädchen, das auf einer Torheit ertrappt wurde. Sie ärgerte sich über sich selbst, und der Trost begann sich in ihr zu regen gegen ihn.
„Gewiß!“ erwiderte sie fest. „Ich freue mich darauf, endlich wieder einmal auf dem Rücken eines Pferdes sitzen zu können. Wie lange mußte ich es entbehren!“
„Hm!“ Seeger räusperte sich. „Und dennoch bitte ich Sie, davon Abstand nehmen zu wollen.“
„Aber nein — warum sollte ich?“ rief sie jetzt ein wenig empfindlich. „Ich fühle mich wohl und kräftig genug dazu.“
„Und möchten hinterher leicht einige üble Folgen spüren.“
Sie zog die Brauen zusammen, beherrschte sich jedoch.
„Sie meinen es gewiß sehr gut, Herr Seeger, scheinen

mir aber zu ängstlich zu sein. Glauben Sie mir nur, daß ich allein weiß, was ich mir zumuten darf, und was nicht.“
Er biß sich auf die Lippen und schwieg. Sie warf einen verstoßenen Blick zu ihm hin und ärgerte sich, daß er nichts mehr erwiderte, sondern etwas vornübergebeugt dasah und zu Boden sah.
„Sie wollen mich beordern, Herr Seeger, und — ich gelte Ihnen dieses Recht nicht zu!“ sagte sie nach kurzer Pause herbe und stolz.
Mit einem Ruck wandte er sich ihr wieder zu. „Woll ich Ihnen riet, auf ein Vergnügen, das in keinem Falle fördernd auf Ihre Gesundheit wirken kann, vorläufig noch zu verzichten?“ — Es tut mir leid, daß Sie es so auffassen, und ich bitte um Verzeihung, daß ich es wagte, diesen Rat zu geben. Selbstverständlich liegt die Befolgung in Ihrem Ermessen, gnädigste Gräfin.“
Sie hatte plötzlich ein Gefühl von Beschämung, und zwar nicht zum ersten Male ihm gegenüber. Sie ärgerte sich wieder und begriff ihre ganz unmotivierten Heftigkeit nicht, fand aber auch so schnell keinen passenden, einleitenden Uebergang zu einem anderen Gespräch, in der Furcht, er möchte etwas von ihren Empfindungen merken.
So wandte sie sich, scheinbar unmutig, ab.
Er sah sie eine Weile schweigend an.
„Gnädigste Gräfin zürnen mir?“ fragte er darauf.
„Nicht doch — nein!“ erwiderte sie schnell, sich ihm wieder zuehend.
„Ich danke Ihnen!“
Er nahm ihre Hand, die auf der Seitenlehne des Korbstuhls ruhte, und zog sie an seine Lippen.
Ein Geräusch ließ beide erschrocken aufsehen.
Graf Aribert von Stolzenau stand plötzlich wie aus der Erde gemachsen, vor den Stufen, die zur Veranda führten.
„Ach — ich höre!“
In diesem Ausruf lag etwas eigentümlich Scharfes. Ueber Waltrauts Wangen huschte ein flüchtiges Rot, und Seeger sprang auf und verbeugte sich vor dem Grafen.
„Diener, meine Gnädigste! Wie ist das hohe Befinden?“
(Fortsetzung folgt.)

Rotwein: 1209 Hektar, Ertrag: 23 745 Hektoliter, Gesamtwert: 1 732 500 M., Durchschnittsertrag: 19,6 Hektoliter vom Hektar, Preis 73,9 M. das Hektoliter.

Gemischter Wein: 1297 Hektar, Ertrag: 34 490 Hektoliter, Gesamtwert: 2 013 000 M., Durchschnittsertrag: 26,6 Hektoliter, Preis 58,4 M. das Hektoliter.

Von den 10 Weinbaugenden des Landes hat der Kaiserstuhl den höchsten Gesamtertrag zu verzeichnen mit 65 527 Hektoliter. Es folgen Ortenau- und Bühler Gegend mit 56 320 Hektoliter; Breisgau 48 104 Hektoliter; untere Rheingegend 35 623 Hektoliter; Markgräuber Gegend 29 246 Hektoliter; Kraichgau und Neckarregion 28 330 Hektoliter. Unter je 10 000 Hektoliter bleiben: Bergstraße (9965 Hektoliter), Segeberg (8559 Hektoliter), Main- und Tauberg (2340 Hektoliter) und Oberes Rheintal (1827 Hektoliter).

Die höchsten Durchschnittserträge erzielen die untere Rheingegend mit 36,2 Hektoliter vom Hektar, die Bergstraße mit 32,9 Hektoliter und der Breisgau mit 31,1 Hektoliter. Über dem Landesdurchschnitt (22,2 Hektoliter) bleiben noch Kraichgau und Neckarregion (26,8 Hektoliter) und Kaiserstuhl (26,1 Hektoliter). Den geringsten Durchschnittsertrag mit 7,5 Hektoliter weist die Main- und Taubergregion auf.

Die Durchschnittspreise für 100 Liter neuen Wein sind je nach Gegend recht verschieden. Es erreichte z. B. das rote Gewächs in der Ortenau- und Bühler Gegend den Preis von 99,5 M., der Markgräuber Edelwein 78,6 M., der Weißerbst vom Kaiserstuhl 78,1 M., das rote Gewächs der Segeberg 72,7 M. Unter dem Landesdurchschnitt mit 59,1 M. für Wein überhaupt bleiben: Segeberg mit 55 M., Breisgau mit 48 M., untere Rheingegend mit 55,5 M., Kraichgau- und Neckarregion mit 51,9 M., Bergstraße mit 53,6 M., während beispielsweise die Main- und Taubergregion mit 63,3 M. die Preise mancher Qualitätsweine Mittel- und Südbadens übertrifft.

Es sei hier bemerkt, daß es sich bei obigen Preisangaben und den hieraus berechneten Werthsummen um Verkäufe neuen Weines gleich nach dem Keltern handelt. Ueber die weitere Preisentwicklung und die zurecht geforderten und bezahlten Weinpreise sowie über die noch vorhandenen veräußerten Weinmengen stehen dem Statistischen Landesamt irgend welche Angaben nicht zur Verfügung.

Karlsruhe, 20. Febr. (Badischer Städteverband.) Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Gugelmeier-Lörach eine Tagung ab, die von 50 Städtevertretern besucht war. Einen wesentlichen Teil der Tagesordnung nahmen die zurzeit schwebenden Finanzfragen ein. Da die Einnahmen des Reiches an der Einkommen- und Umsatzsteuer infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und Senkung der Lohnsteuer von etwa 4,5 Milliarden im Jahre 1924 auf voraussichtlich 3174 Milliarden im Jahre 1926 zurückgehen werden, müssen die Gemeinden mit einem Ausfall von 10 bis 15 Prozent an diesen Ueberweisungssteuern für das Rechnungsjahr 1926 rechnen. Da das Reich zurzeit eine Verringerung des bestehenden Finanzausgleichs nicht beabsichtigt, sollte auch in Baden an der derzeitigen Verteilung der Ueberweisungssteuern zwischen Land und Gemeinden zurzeit nichts geändert werden. Ebenso wird im Hinblick auf die unklare Lage in der Wirtschaft eine grundlegende Aenderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes sowie eine weitere Erhöhung der Gebäudebesitzersteuer über den nach dem Reichsgesetz über Änderungen des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 gesetzlich festgelegten Satz hinaus im gegenwärtigen Zeitpunkt für unzweckmäßig gehalten. Infolge der sinkenden Einnahmen und des namentlich durch die Fürsorgeaufwendungen gewaltig gestiegenen Ausgabenbedarfs können die Gemeinden auf die Weiterreicherung der Grundsteuer nach dem 1. April 1927 nicht verzichten. Ebenso müssen die Gemeinden großen Wert darauf legen, daß der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer, deren Aufkommen im Jahre 1926 durch eine Erhöhung der Steuerätze von 50 Millionen auf etwa 130 Millionen gesteigert werden soll, im vollen Umfang an die Wegeunterhaltungspflichtigen weitergegeben wird, wie auch bisher in allen Ländern mit Ausnahme von Baden verfahren wurde. Im übrigen wird eine Aenderung der Zinspolitik der Großbanken und einer Verminderung der derzeitigen großen Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen als unumgängliche Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg erachtet. — Die Versammlung nahm dann des Weiteren zu verschiedenen Aufwertungsfragen Stellung. Die von der Regierung beabsichtigte einheitliche Aufwertung der Sparguthaben bei allen Sparkassen des Landes zu 12,5 Prozent ohne Rücksicht auf die Höhe der Teilungsmasse und eine Bestellung eines Treuhänders wird grundsätzlich gutgeheißen. Der Satz von 12,5 Prozent bedeutet allerdings das Höchste, was den Sparläsen in ihrer jetzigen Lage zugemutet werden kann. Die Marktanleihen der Gemeinden neuen Befehes sind grundsätzlich in gleicher Weise wie die Anleihen des Reiches und der Länder durchweg einheitlich zu 2,5 Prozent aufzuwerten. Für die Erlassung des von der Regierung geplanten Gesetzes über das Gesamtwesen hält der Städtebund ein Bedürfnis nicht für gegeben. Im übrigen beabsichtigt sich der Städtebund noch mit einer Reihe schwebender Angelegenheiten, insbesondere mit Fragen der Erwerbslosenfürsorge.

Malsch (Amt Ettlingen), 20. Febr. (Anflug.) Der verheiratete Zimmermann August Koch von hier wurde am Fastnachtsonntag, abends zwischen 9 und 10 Uhr beim Verlassen einer Wirtschaft als „Maske“ von anderen Maskierten auf der Straße überfallen und durch Messerstiche übel zugerichtet.

Heidelberg, 20. Febr. (Verwaltungsratssitzung.) Der Reichsverband der deutschen Hotelbesitzer hält zurzeit in Heidelberg seine Verwaltungsratssitzung ab. Zu derselben sind 60 Personen des deutschen Hotelgewerbes aus allen Teilen Deutschlands eingetroffen.

Dossenheim bei Heidelberg, 20. Febr. (Unfall.) Am Donnerstagabend wurde im staatlichen Porphywerk der Bohrführer Milner aus Dossenheim durch eine herabstürzende Steinschale, die sich infolge des nassen Wetters gelöst hatte, am Kopfe so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus nach Heidelberg verbracht werden mußte.

Freiburg, 20. Febr. (Sozialdemokratischer Parteitag.) Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Badens ist auf den 29. Mai nach Freiburg einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Neuwahl des Vorstandes, die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts, die Aufstellung von Richtlinien für die Kommunalpolitik und Beschlüsse der Landtagsfraktion und über die Reichspolitik. Für den Parteitag sind zwei Tage vorgesehen.

Überkirch, 20. Febr. (Trübe Folgen der Fastnacht.) Als am Abend der 21jährige Georg Huber und der 19jährige

Frisk Wünnle sich auf dem Heimwege befanden, wurden sie von einem des Weges kommenden Domino mit einer Holzprühle geschlagen. Dabei wurde Georg Huber so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus nach Dissenburg gebracht werden mußte.

Schiltach, 20. Febr. (Einbruch.) Im Hause des zurzeit abwesenden Weber an der Schenkenburg in Schiltach wurde ein Einbruch verübt, für den anscheinend der Einbrecher von Hausach ebenfalls als Täter in Frage kommt. Es wurde ein Fenster eingedrückt, wobei jedoch der Einbrecher das Unglück hatte, sich leicht zu verletzen. Das wurde ihm zum Verhängnis. Der Gendarmerie gelang es, den Schuldigen in der Person eines ehemaligen Reichswehrsoldaten namens Paul Borke zu ermitteln, der sich aber der Festnahme durch die Flucht entziehen konnte.

Schramberg, 20. Febr. (Brand.) In Schiltach ist in einem zur „Oberen Säge“ gehörenden Nebengebäude, ein einstöckiger Fachwerkbau, in dem sich ein Aufenthaltsraum für die Arbeiterchaft und eine Wagnerwerkstätte befanden, Feuer ausgebrochen. Der Schaden wird auf 6—8000 Mark geschätzt.

Freiburg, 20. Febr. (Tagung.) Vom 20.—22. April findet hier im Sitzungssaal des Rathauses eine Tagung der Ständigen Tarifkommission der Deutschen Eisenbahnerverwaltung statt. An ihr werden etwa 40 Herren teilnehmen, Vertreter der Reichsbahn und von Privatbahnen, sowie aus Handel, Industrie und Landwirtschaft.

Von der Rauehen Alb, 20. Febr. (Neuschnee.) Nachdem der Sturmwind und die Regenfälle der letzten Tage aufgehört hatten, ist zur Umwehlung am Freitag morgen Neuschnee auf der Alb gefallen. Schnee im Februar hat der Landmann gerne; ein baldiger Frühling hätte für die Felder und Obstbäume recht verhängnisvoll werden können.

Gesundheit und Berufswahl

Von Dr. med. Ilse Szagunn.

Alle möglichen Momente — Beruf des Vaters, soziale Wertung, vor allem Hoffnung auf schnellen Verdienst — spielen bei der Berufswahl eine Rolle, nur die Gesundheit nicht. Und doch kann ein gesundheitslich falsch gewählter Beruf sowohl schwere gesundheitliche Gefahren für den einzelnen mit sich bringen, wie auch die Allgemeinheit, insbesondere die nähere Umwelt, aufs äußerste gefährden. Neben der Gesundheitsgefährdung sind mangelhafte Leistung in dem gewählten Beruf, Berufswechsel, bei willensstarken Menschen oft Neubaubau an der eigenen Kraft die verhängnisvollsten, auch volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen.

Besonders gefährdet durch eine unzweckmäßige Berufsbetätigung ist die heranwachsende, noch in der Entwicklung begriffene Jugend. Die körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsvorgänge bedeuten schon an und für sich eine Belastung für die jugendlichen Menschen, der er bei zu angestrengter, zeitlich zu ausgedehnter und ungeeigneter Beschäftigung nicht ohne Schaden gewachsen ist.

Wir wissen, wie die Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit bei den Jugendlichen ansteigt und die der Erwachsenen übertrifft, wie die jungen Menschen in ihrer Wiederstandsfähigkeit der Tuberkulose zum Opfer fallen, wie Herzstörungen und Knochenveränderungen bei ihnen sich häufen.

Was ist zu tun? Die Vierzehnjährigen, besonders die Mädchen, sind, das zeigen schulärztliche Untersuchungen immer wieder, zu einem erheblichen Prozentsatz überhaupt noch nicht berufstätig. Leider ist es in der Praxis meist so, daß die Eltern und Unterrichtsleiter gerade wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage, die ja häufig erst ihren schlechten Zustand bedingt, am ehesten aus Verdienstmüssen angewiesen sind. Durch Berufsarbeit, der sie körperlich nicht gewachsen sind, verschlechtern sie ihren Zustand, werden häufig krank, müssen Stelle wechseln und stellen schließlich das Hauptaugenmerk den Erwerbssorgen. Eine angemessene Arbeit für sie zu finden, wird dann immer schwerer, und sie nützen der Familie wirtschaftlich auch nichts.

Hier sollte unbedingt der Berufseinstieg von vornherein hinausgeschoben werden und die Zwischenzeit zu körperlicher Kräftigung auf dem Lande die Jugendämter vermehrt entsprechende Stellen) benutzt werden oder auch eine Hilfstätigkeit im Haushalt, der Besuch einer Haushaltungs- oder Kinderpflegerinnen-Schule erfolgen. Einzelne Städte haben für Kriegervaisen solche Haushaltungsschulen eingerichtet, wo die Mädchen lediglich gegen Abtretung der Renten ein Jahr im gesamten Hauswesen ausgebildet und dabei durch die gesunde Arbeit, vielfach in früherer Luft körperlich gekräftigt und berufstätig gemacht werden. Der Besuch einer Kinderpflegerinnen-Schule kann vielfach mit einer Halbtagsstellung bei Kindern verbunden werden und bringt dann einen mäßigen Verdienst.

Die so gekräftigten Mädchen werden dann vielfach die förderliche Eignung für den Beruf mitbringen. In jedem Falle aber sollte ein ärztliches Gutachten — von einem Arzte der Schule der Fortbildungsschule oder des Berufsamtes — diese befähigen und gegebenenfalls eine besondere Prüfung im Hinblick auf die verschiedenen gesundheitlichen Anforderungen der einzelnen Berufe vornehmen.

Wie manche Verkäuferin oder Friseurin mit schwerem Plattfuß würde dann von vornherein einen andern Beruf wählen, wie manche nervöse Telefonistin oder Stenotypistin, wie manche tuberkulöse Kinderpflegerin sich einer anderen Tätigkeit zuwenden.

Alle Eltern aber sollten sich klarmachen, daß auch bei der Berufswahl ihrer Kinder die gesundheitliche Eignung nicht außer acht gelassen werden darf, lassen diese nicht schweren Schaden nehmen. In der Verbreitung dieser Erkenntnis wird die kommende Reichsgesundheitswoche eine dankbare Aufgabe finden.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 22. Febr. Eine wohlgeleitete Ausstellung von ökonomischen Erzeugnissen und Maschinen hat der Landwirtschaftliche Bezirksverein Durlach durchgeführt. Die präzise Durchführung und Verteilung der Ausstellungsgegenstände, die der Besucher mühelos beschließen konnte, zeugen von einer musterzüglichen Organisation. Man sieht, daß hier unter Leitung des derzeitigen Vorsitzenden des Bezirksvereines, Herrn Gutsbehalter Rector, liegende Arbeit geleistet wurde. Es ist keine verlorene Mühe gewesen, hier eine Stunde in gewissenhaftem Studium zu verweilen.

Beim Betreten der Ausstellungshalle kommt man zunächst zu einer Reihe von Einzelausstellern. Frächtige Exemplare von Saatkartoffeln herrschen vor. Nach einer Samengroßhand-

lung, die in reichhaltiger Auswahl Klee-, Gras- und Maisfamen zur Schau stellte, folgt die besonders erfreuliche Ausstellung der landw. Landwirtschaftsschule Augustenberg. Die Abteilung gibt ein bereites Zeugnis von dem Stand der Schule. Außer allen Getreidearten, Lupinen und Kartoffeln findet man eine Auswahl von Kunstdünger.

Ebenbürtig daneben ist die Abteilung der Badischen Landwirtschaftskammer (Abt. Pflanzenbau). Hier interessieren besonders die Keimversuche von verschiedenen Kleesorten. Deutlich kann man die große Zahl keimfähigen Samens sehen. Dann Sommergetreide und Sämereien.

Mit einer großen und reichhaltigen Auswahl von Futtermitteln und Sämereien ist der Badische Landwirtschaftliche Verein vertreten. Bemerkenswert ist hier die Ausstellung für Schädlingsbekämpfung, insbesondere Nestschädlinge.

Die Firma Daniel u. Co. hat Getreidebeizmittel und künstlichen Dünger ausgestellt. Eigene Produkte sind von der Frankenhof-Saatbaustelle, dem Versuch- und Lehrgut Karst, der Landwirtschaftskammer (Saatzuchtsanstalt) — hier vor allem Samen der Spargelzucht — Saatzuchtschule Eckardt-Hohenwettersbach und der Saatzucht Dr. Frank-Strassenheim vertreten. Den Abschluß bildet wieder eine Reihe von Einzelausstellern.

Die Einkaufs-Vereinigung Süddeutscher Landwirte G.m.b.H. Durlach bereicherte die Ausstellung durch eine große Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen. Hier sind von den einfachsten Maschinen für den Kleimbetrieb bis zu den kompliziertesten Apparaten für große Landwirtschaften beisammen.

Mit der Ausstellung war ein Wettbewerb für Saatkugeln verbunden. Bei der Wertung schieden eine Reihe von Ausstellern aus, die außer Wettbewerb in der Ausstellung vertreten waren. Es sind dies: Landwirtschaftsschule Augustenberg, Bad. Landwirtschaftskammer, Lehrgut Karst, Bad. Landwirtschaftsverein und die Firma Daniel-Karlsruhe.

Ergebnis des Wettbewerbes:

Berggoldene Medaille: Frank, Frankenhof b. Sinsheim, Eckardt, Hohenwettersbach.

Versilberte Medaille: Rändener Futtersamenbauverein in Nordhalden, Dr. Frank, Strassenheim, Max Knoll, Heidelberg, David Rippenbahn, Kitzschweiler, Marktgenossenschaft Rentamt Salem am Bodensee.

Bronzene Medaille: Alfred Müller, Gaisberg, Karl Kieger, Kehlshof, Wilhelm Gomer 3, Schatthausen, Biesing, Neubau, Christian Zoller, Durlach, August Fugner, Obergrombach, Friedrich Winal, Helmsheim, Ludwig Joos, Einkenheim.

Lobende Anerkennung erhielten: Thomas Roser Sohn, Odenheim, Jakob Winal, Helmsheim.

Das Interesse an der Veranstaltung war auch über die Mauern Durlachs groß. Davon zeugt der Besuch zahlreicher hoher Persönlichkeiten. Zur Eröffnung am Samstag und zur Besichtigung war der Herr Landeskommissar Dr. Gräfer erschienen, der die Grüße des Herrn Ministers des Innern überbrachte, der am Erscheinen leider verhindert war. Außerdem waren anwesend: Ehrenpräsident des Landwirtschaftlichen Vereins, Herr Geh. Oberregierungsrat Salzer, der frühere Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Bezirksvereines von Durlach, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Turban, Herr Oberregierungsrat Cronberger und Herr Oberbürgermeister Zoller.

Nach Schluß der Ausstellung fand am Sonntag nachmittag in der Blume ein Filmvortrag von Herrn Agr.-Chemiker Müller-Stuttgart statt, der sehr gut besucht war, über: „Mit 60 PS. ins Glück“.

Wir hören, hat sich die Ausstellungsleitung entschlossen, den hiesigen Schulen das wertvolle Anschauungsmaterial am Montag morgen zugänglich zu machen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Präsident Merz von der Reichsgetreidestelle gestorben. Der Präsident der Reichsgetreidestelle, der am Freitag im Reichstage im Anschluß an eine Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses einen Schlaganfall erlitten hatte, ist Samstag früh im Alter von 42 Jahren gestorben.

Demokraten und Volksentscheid. Nach einer Wiederdarstellung der demokratischen Parteileitung ist die demokratische Reichstagsfraktion nachdrücklich bemüht, eine gesetzliche Regelung der Fürstenabfindung auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Gestaltung des Kompromissentwurfes in dem zuständigen Ausschuss siehe noch nicht fest. Die Hoffnung auf eine erträgliche Regelung sei daher noch vorhanden. Für die demokratische Partei sei daher der Zeitpunkt für eine Stellungnahme zu einem Volksentscheid noch nicht gekommen.

Buntes Allerlei

Wiktoria von Schffel in Blaubeuren

Während eines Ausfluges im Schmiedtal sah ich Schffel bei schönem Wetter auch die Umgebung an und traf dabei in Blaubeuren in der „Post“ mit dem Reichsanwalt Mayer aus Ulm zusammen. Beide kamen in ein sehr lebhaftes Gespräch, das sie den letzten Zug verknüpften. So mußten sie im Gasthaus übernachten. Am Morgen schrieben sie sich in das Gästebuch ein, damit die hohe Polizei wisse, wen sie im Städtchen beerbergte, und nachdem Schffel seinen Namenszug mit einem Zweizeiler eingetragen hatte, setzte Mayer seinen Namen darunter und einen Vers:

Es geht doch komisch zu auf der Welt,
nun hab ich mein Licht unter Schffel gestellt.
Wohl er unter Schffels Zimmer geschlafen hatte. Der damalige Schffel von Blaubeuren hatte jedoch kein Verhängnis für solche Fremdenbuchpoesie: er freiz die Verse durch und an folgenden Atlas bekannt: „Es ist nach dem Gesetz nicht anständig, Bemerkungen und Auslassungen solcher Art ins Gästebuch einzutragen, wonach sich Gastgeber und Gäste genau zu richten Eidi: Stadtschultheiß R. M.“

Neueste Nachrichten.

Anträge und Anfragen im Reichstag.

E. U. Berlin, 21. Febr. Im Reichstag ist ein Antrag Königsberg (Dem.) eingegangen, der einen Gesetzesentwurf zur Verringerung des Umsatzsteuergesetzes fordert mit dem Ziel, den Eigenverbrauch derjenigen landwirtschaftlichen Haushaltungen, die den größten Teil des Jahres ausschließlich mit Familienkraft wirtschaften, von der Umsatzsteuer zu befreien.

Ferner ist im Reichstag eine deutschnationale Anfrage eingegangen, in der auf die Mißstände auf dem platten Lande hingewiesen wird. Die Abgg. von Freitag-Loringhoven und Quag (Dnt.) haben folgende Interpellation eingebracht: „Die von den Tschechen soeben erlassene Sprachverordnung engt die Rechte der deutschen Minderheiten in einer Weise ein, die den Bestim-

mungen des Minderheitenvertrages vom 10. September 1919 zuwiderläuft. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um unseren vergewaltigten Volksgenossen zu ihrem Recht zu verhelfen?"

Zur Umgestaltung des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete.

L. U. Köln, 20. Febr. Der Wirtschaftsausschuss für die besetzten Gebiete ist als Folge der Befreiung der Kölner Zone weiter verringert worden. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Kölner Handelskammerpräsident Geheimrat Hagen, scheidet jetzt aus dem Ausschuss aus, dessen Sitz nach Koblenz verlegt wird.

Die heutige Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Hansa-Saal des Kölner Rathauses, die letzte in seiner bisherigen Zusammensetzung, gestaltete sich zu einem historischen Ereignis. Es nahmen daran teil der Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Marx, der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, gleichzeitig auch als Vertreter der preussischen Staatsregierung, der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth v. Simmern, der Regierungspräsident von Köln, Graf Adelsmann, Oberbürgermeister Dr. Adenauer und viele andere.

Geheimrat Hagen wies auf die schweren Zeiten hin und gedachte der Leiden, die die rheinische Bevölkerung in 7 1/2 Jahren zu erdulden gehabt habe. Er sprach die Hoffnung aus, daß es dem Reichskommissar gelingen möge, nach Möglichkeit die Leiden des noch besetzten Gebietes zu mildern und die Alliierten davon zu überzeugen, daß eine Befreiung auf die Dauer nicht zu ertragen und nicht notwendig sei, da die Deutschen gewohnt seien, ihren vertraglich übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Syndikus der Kölner Handelskammer erstattete sodann Bericht über die bisherige Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete. Das Ergebnis von Locarno, so schließt der Bericht, bedeutet für das besetzte Gebiet vorläufig insofern keinen Erfolg, als die Gegenseite nur zögernd an die Verwirklichung der sogenannten Rückwirkungen herangeht.

Der Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Marx, sprach im Namen der Reichsregierung dem Wirtschaftsausschuss für seine erfolgreiche Tätigkeit Anerkennung und Dank aus. Der Minister erinnerte daran, daß die Reichsregierung während der Zeit der Befreiung nicht so habe helfen können, wie sie

es wohl gerne getan hätte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten des nun zu bildenden neuen Wirtschaftsausschusses für die zweite und dritte Zone von dem gleichen Geist getragen und dem gleichen Erfolg gekrönt sein mögen, wie die des bisherigen. Er versprach, daß die Reichsregierung den Bewohnern der noch besetzten Gebiete da helfen werde, wo es nur eben möglich sei. Der wahre Geist von Locarno verlange, daß die Befreiung der zweiten und dritten Zone nicht mehr lange auf sich warten lasse.

Hierauf übermittelte Oberpräsident Dr. Fuchs im Namen der preussischen Staatsregierung dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses herzlichen Dank für seine aufopfernde Tätigkeit.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer schloß sich den Dankesworten an und erinnerte besonders an die schweren Zeiten im Herbst 1923 und anfangs 1924. Reichstagsabgeordneter Dr. Kalle-Koblenz, der danach zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete gewählt wurde, erklärte, daß die bisherige Tätigkeit des Ausschusses für alle Zeiten ein Vorbild bleiben werde. Die Zeit des Wirtschaftsausschusses werde in der Geschichte der Kölner Handelskammer für ewige Zeiten ein Ruhmesblatt sein.

Dann erklärte Reichskommissar Langwerth v. Simmern unter Hinweis auf die jahrhundertlangen Beziehungen seiner Familie zum Rheinland, daß er mit Freude dem Rufe gefolgt sei. Ich bin, so führte er aus, mir vollkommen klar darüber, daß meine Kraft allein nicht ausreicht, Ihnen zu helfen. Ich bedarf dazu Ihres Vertrauens, vor allem des Wirtschaftsausschusses, vorallem auch des Vertrauens der ganzen Rheinlande. Nach einem kurzen Schlußwort von Geheimrat Hagen wandte sich dann der Wirtschaftsausschuss der Erledigung seiner letzten geschäftlichen Arbeiten zu.

Andreas Hofer-Feier in München.

L. U. München, 21. Febr. Anlässlich des Todestages des Tiroler Freiheitshelden fand am Samstagabend im Löwenbräuhaus eine zahlreich besuchte Gedenkfeier statt, die sich zu einer großen Kundgebung für das Deutschtum in Südtirol gestaltete. Verschiedene Redner schilderten die Zustände in Südtirol und sprachen u. a. von der Vergewaltigung des Deutschtums durch den italienischen Faschismus. Sämtliche Redner schlossen mit einem Appell an die Versammelten, dem bedrängten Deutschtum in Südtirol mit Rat und Tat beizustehen.

Die Kundgebung schloß mit dem Absingen des Andreas Hofer-Liedes.

Auch in Frankfurt a. Main hatte der Landesverband Hessen des Österreichisch-deutschen Volksbundes in Gemeinschaft mit allen Deutschtumsverbänden zu einer Kundgebung für Südtirol Einladung ergehen lassen. Dem Rufe waren Tausende gefolgt, sodaß sich die Versammlung ebenfalls zu einer machtvollen Kundgebung für die kulturelle Freiheit der schwächenden Deutschen in Südtirol gestaltete. Zu der Versammlung waren Vertreter aller politischen Parteien erschienen.

Amerikanischer Antrag auf Revision des Versailler Vertrages.

L. U. New-York, 20. Febr. Der Abgeordnete Berger brachte heute im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der Präsident Coolidge ersucht wird, eine internationale Konferenz zur Revision des Versailler Vertrages einzuberufen. Die Vereinigten Staaten, so führte Berger aus, beherbergen nur noch einige Menschen, die des Glaubens seien, daß der Krieg für die demokratische Freiheit und die Aufgabe des Militarismus geführt worden sei. Die Regierung Frankreichs habe seit dem sogenannten Versailler Frieden eine Rügenfabrikation unterhalten. Die größte Lüge sei Deutschlands Alleinschuld am Kriege. Der Versailler Vertrag sei auf dieser ungeheuren Lüge aufgebaut worden.

Jubel bei Maiers.

Maier hatten Böfche gestern.
Lucie sagt zu ihren Schwestern:
„Unser Zeug ist, wie ich seh,
klar und rein und weiß wie Schneel!“
„Ja“, sagt Leni da und lacht,
„Das hat nur Perfil gemacht!“
Und darauf ruft Cäcilie:
Die jüngste der Fa-mi-li-e:
„Perfil, es lebe dreimal hoch,
Es ist und bleibt das Beste doch!“

Briefkasten. Anonyme Anfragen werden nicht berücksichtigt.

Wutmaßliches Wetter für Dienstag.

Der Tiefdruck im Norden bewahrt der Bitterung ihren unbeständigen Charakter. Für Dienstag ist mehrfach bedecktes und auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Maul- und Klauenfische betr.
Im Stalle des Ludw. Westold in Knielingen, Hildstraße 13 ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen.
Everbzirk ist die Gemeinde Knielingen ein Beobachtungsgebiet ist nicht gebildet.
Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km Umkreises.
Karlsruhe, 20. Febr. 1926. (O. 3. 32.)
Bad. Bezirksamt - Abt. II b.

Bürgergabholtz.
Das Bürgergabholtz ist aufbereitet und wird nach der Aufnahme und Kontrolle durch das Forstamt in etwa drei Wochen abgegeben werden. Der Holzmachterlohn (reine Selbstkosten) beträgt für ein ganzes Los 22,60 M, derselbe ist wie in der Vorbereitungszeit spätestens am Tag der Ausgabe des Holzes zu bezahlen. Den Bürgern und Bürgerwitwen ist Gelegenheit geboten, jetzt schon Teilzahlungen an die Stadtkasse zu leisten. Es darf grundsätzlich kein Holz vor der Bezahlung des Holzmachterlohnes abgeführt werden.
Durlach, den 18. Februar 1926.
Der Oberbürgermeister.

Stangenversteigerung.
Die Gemeinde Langensteinbach versteigert am Donnerstag, den 25. Februar d. J., aus dem Gemeindegeld folgende Stangen:
2510 Stück Bauhölzer I. u. II. Klasse
20 „ „
5080 „ „
1735 „ „
620 „ „
Insammlungskauf vormittags 9 Uhr beim Rathaus.
Langensteinbach, den 18. Februar 1926.
Gemeinderat.

Jhr Wohlstand
hängt mit sparen an
deshalb nehmt ein
Sparbuch
bei der
Volksbank Durlach E. G.
Bank und Sparkasse
— gegr. 1877. —

Krankheiten
körperl. sowie seelisch. Art werden behandelt durch
Hellmagnetismus Gg. Strobel
Anerkennungsschreiben auf Wunsch gratis.
Sprechstunden: Montag, Dienstag und Freitag
10-12 und 3-5 Uhr.
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 225.
Haben Sie offene Füße?
Schmerzen? Jucken? Stechen? Brennen?
dann gebrauchen Sie die 1000fach bewährte Universal-Heilölbe „Gentarin“, zu 1,25 M erhältlich in der Einhorn-Apotheke.

Süßbäcklinge
Hund 28 J
empfiehlt
Otto Schöffler
Möbeleinrichtungen
Nähmaschinen
liefert reelle Firma zu erleichterten Zahlungsbedingungen. Adressen von Brautpaaren und solbenten Leuten bitte unter Nr. 97 im Verlag abzugeben.

S. Scheu,
Mineralwasserfabrik u.
Apfelweinkelerei.
— Lammstraße 2. —

Soeben neu!
Beyers
Modelführer
Frühjahr / Sommer 1926
Band I: Damenkleidung
Band II: Kinderkleidung
Preis: Band I 1.50 M
Band II 1.— M
Überall zu haben, wo nicht unter Nachnahme vom Verlag Otto Boyer, Leipzig

Morgen Dienstag auf dem Wochenmarkt
Gefrierfleisch.
Emil Schneider jung.
Hitzewatte (Thermogen)
wirkt gegen
Gicht und Rheuma, Rehlkopfschmerz
radikal und ohne Hautschäden. Zu haben bei
Julius Schaefer, Blumen-Drogerie.

Freiwillige Feuerwehr Durlach
Korpsbefehl.
Das diesjährige
Winter-Exerzieren
findet für jede Kompanie an drei Abenden, jeweils von 8-9 1/2 Uhr, im Feuerwehrhaus wie folgt statt.
1. Kompanie
Freitag, den 26. Februar, 5. u. 12. März
2. Kompanie
Montag, den 22. Februar, 1. u. 8. März
3. Kompanie
Mittwoch, den 24. Februar, 3. u. 10. März.
Anzug: Dienstanzug, Mütze, Gurt, Beil und Seil.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
Durlach, den 20. Februar 1926.
Das Oberkommando:
Dermann Paul. Marx.

Gewerbe- und Handwerker-Berein
E. V. Durlach.
Morgen, Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, findet im Friedrichshof ein **Ausschreibung** statt, wozu auch die Obermeister der Innungen hiermit eingeladen sind. Der Vorstand.

Schlachttag.
Friedrichshof.
Heirat
Witwer, 52 J. alt (Ermög. 15000 M) sucht mit Mädchen von 45 bis 50 J. am liebsten vom Land aus achtbarer Familie (Ermög. 3 bis 4000 M) bekannt zu werden.
Angebote unt. Nr. 96 an den Verlag.
Gesucht 150 M.
zurück 200 M.
in 4 Wochen, kein Risiko, da absolut sichere Pfandhinterlegung.
Angebote unt. Nr. 95 an den Verlag.

Grundstück
mit Obstbäumen, 5 Minuten von d. Strassenbahnhaltestelle, 34 verkaufte.
Angebote unt. Nr. 94 erbeten an den Verlag.
Gesucht wird auf 1. März ein
Mädchen
welches kochen kann. Näheres im Verlag.
Schön möbl.
Zimmer
an besseren Herrn zu vermieten.
Zu erfragen im Verl.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben, guten, treuberechtigten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter u. Tante
Karoline Beutzel Wwe.
geb. Ott
sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.
Besonderen Dank dem Herrn Stadtpfarrer Diemer für die trostreichen Worte am Grabe unserer Lieben, den Schwestern des Städtischen Krankenhauses für ihre aufopfernde und liebevolle Pflege, dem Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands (Ortsgruppe Durlach) für seine Kranzniederlegung und die ergreifenden Worte am Grabe, sowie allen denen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten.
Durlach, den 19. Februar 1926.
Die Trauernden Hinterbliebenen.

Dirigent
übernimmt noch Musik- oder Gesangsverein, auch Unterricht in Gesang, Klavier und Violine.
Erfahren an das Hauptpostamt Nr. 153 Karlsruhe.

Möbl. Zimmer,
mit oder ohne Kofk, sofort zu vermieten
Lammstr. 22.
Uhren-Reparaturen
aller Art werden fachmännisch ausgeführt von
Karl Heßler
Uhrmachermeister
Moltkestr. 29
(Ecke Rookstraße)

Laden
für Lebensmittel, wozu möglich Hauptstraße, zu mieten gesucht.
Erferten unter Nr. 87 an den Verlag.
Geschäftsempfehlung.
Bringe mein Reparaturgeschäft v. Schubert und Stiefeln in empfehlende Erinnerung.
Achtungsvoll
Christian Ziemer
Schuhmachermeister
Königsstraße 4.

der
Del
Um
ger
gan
un
erl
in
von
"ne
wiff
sie
grif
stel
[Schw
tern
jahr
laste
fam
gen
um
berl
fast
lion
brin
Ber
del
Mar
9
Geld
den
durd
tere
nan
spiel
fann
allen
bei
i
von
nah
im
abf
deite
geber
redn
M
he d
heute
ten
Ein
Ges
tung
Rin.
Soffi
will
komm
im
Z
bah
erhö
Wiri
[W
Ein
worte
Durd
ker
Kraf
ner
teref
verte